Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 6. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, den 6. Dezember 1961

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

I. 1. Abgeordneter **Ritzel**

Trifft es zu, daß Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, die in Lesesälen deutscher Kulturinstitute im Ausland (Goethe-Institut) ausgelegt werden, auf Weisung einzelner ausländischer Regierungen einer Zensur unterworfen werden, wobei Teile des Inhalts, die zur Pflege einer freien Meinungsäußerung unerläßlich sind, entfernt werden?

I. 2. Abgeordneter Schmitt-Vockenhausen

Welche Lösungsvorschläge für die Rückgabe des deutschen Privatvermögens in den Vereinigten Staaten werden im Augenblick erörtert, bzw. wie ist der Stand der Verhandlungen?

I. 3. Abgeordneter **Sänger**

Auf Grund welcher Unterlagen war der Sprecher des Auswärtigen Amtes ermächtigt, vor der Presse am 7. November 1961 in Bonn zu erklären, daß die Bundesregierung "mit Befriedigung davon Kenntnis genommen" habe, "daß die syrische Regierung dem Generalkonsul der sowjetischen Besatzungszone in Damaskus das Exequatur entzogen hat"?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

II. 1. Abgeordneter Lohmar

Welches Gremium soll auf Grund des Erlasses des Bundesinnenministers vom 16. August 1961 die Vergabe der Prämien für deutsche Filme vornehmen?

II. 2. Abgeordneter **Lohmar**

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorwurf von 22 deutschen Verlagen, die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften neige in letzter Zeit dazu, die Freiheit von Kunst und Literatur in der Bundesrepublik unter dem Vorwand des Jugendschutzes einzuschränken?

II. 3. Abgeordnete Frau Renger

Aus welchem Grunde hat der Herr Bundesinnenminister seine am 28. Juni 1961 in der Fragestunde gegebene Zusicherung nicht eingehalten, das über den zivilen Bevölkerungsschutz herauszugebende Merkblatt vor seiner Verteilung dem Ausschuß für Inneres vorzulegen?

II. 4. Abgeordneter SchmittVockenhausen

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, ein verwaltungswissenschaftliches Forschungsinstitut einzurichten bzw. eine Gemeinschaftseinrichtung mit den Ländern anzuregen und zu unterstützen?

II. 5. Abgeordneter Ritzel

Teilt die Bundesregierung die Meinung, das zwischen den Koalitionspartnern CDU/ CSU-FDP abgeschlossene Abkommen sei ein Staatsgeheimnis?

II. 6. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Trifft die in der Presse wiedergegebene Mitteilung zu, daß der Herr Bundesinnenminister die Ausgliederung Badens aus dem Land Baden-Württemberg betreiben will?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um bürokratische Mißgriffe, wie sie im Falle der Verhaftung des jugoslawischen früheren Widerstandskämpfers Vrakaric begangen worden sind, für die Zukunft wirkungsvoll auszuschließen, damit die Glaubwürdigkeit der deutschen Erneuerung nicht erschüttert und das Ansehen des deutschen Volkes gewahrt wird?

III. 2. Abgeordneter Dr. Arndt (Berlin)

Ist es richtig, daß (wie die Leserzuschrift des Rechtsanwalts W. Oliver aus Bremen in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 15. November 1961 behauptet) die auf eine Anzeige der Deutschen Lufthansa AG hin gegen einen türkischen Staatsangehörigen, der in Genf ansässig ist, verhängte Untersuchungshaft nur deshalb schon länger als drei Wochen dauert, weil die Staatsanwaltschaften in Köln und in Hamburg sich über die Zuständigkeit nicht einigen können und der Verhaftete zwischen Bremen, Köln und Hamburg hin- und hertransportiert wird?

III. 3. Abgeordneter Corterier

Welches ist der Stand der Ratifizierung der am 20. April 1959 von der Bundesregierung unterzeichneten Konvention des Europarates über obligatorische Haftpflichtversicherung von Kraftfahrzeugen?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

IV. 1. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Teilt die Bundesregierung die im "Handelsblatt" vom 28. November 1961 wiedergegebene Auffassung des Bundestagsabgeordneten Lücker (München), die dieser als "deutscher Beauftragter in der EWG-Kommission" abgegeben und nach der er die

angekündigten EWG-Getreide-Richtpreise gegenüber dem jetzt geübten deutschen Verfahren für die deutsche Landwirtschaft als vorteilhaft bezeichnet haben soll?

IV. 2. Abgeordneter **Dr. Reinhard**

Hat die Bundesregierung den Vereinigten Staaten von Amerika zugesagt, sich jeder Einflußnahme auf die Schlachtgeflügeleinfuhren aus den USA zu enthalten, auch wenn weitere Preissenkungen oder Einfuhren zu manipulierten Preisen erfolgen?

IV. 3. Abgeordneter **Dr. Reinhard**

Sind, falls noch keine Zusagen gegeben wurden, Verhandlungen betr. der Schlachtgeflügeleinfuhren aus den USA im Gang oder geplant?

IV. 4. Abgeordneter **Dr. Reinhard**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die deutsche Schlachtgeflügelproduktion sich trotz des Ausgleichsbetrages durch die Einfuhr billiger Auslandsware in unbeschränkter Menge auch heute in schwierigster Lage befindet?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verteidigung

V. 1. Abgeordneter **Lohmar**

Ist mit einer Ausweitung des Truppenübungsplatzes Senne bis an die sogenannte Brunnenreihe als "Grenzlinie" in absehbarer Zeit zu rechnen?

V. 2. Abgeordneter **Dr. Mommer**

In welchem Umfang hat der Bundesverteidigungsminister Angehörige des Jahrganges 1922 zu Wehrübungen einberufen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

Abgeordneter **Börner**

Beabsichtigt die Bundesregierung in absehbarer Zeit die Großreparatur der Staustufen der Bundeswasserstraße "Untere Fulda" zwischen Kassel und Hann. Münden vorzunehmen?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Postund Fernmeldewesen

Abgeordneter Könen (Düsseldorf) Haben in der Vergangenheit Veranstalter von Ausstellungen, Gedenktagen usw. in Düsseldorf Anträge auf Herausgabe von Sondermarken gestellt?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

Abgeordneter **Eisenmann** Ist die Bundesregierung bereit, für die 1945 gesprengten Schiffe der Schiffer von Todendorf (Ostseeküste, Schleswig-Holstein) Entschädigung für Kriegssachschäden nach dem Lastenausgleichsgesetz zu gewähren?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

Abgeordneter **Dr. Huys**

Was gedenkt die Bundesregierung nach Bekanntwerden der Warnung des Hamburger Arztes und Dozenten Dr. Lenz auf einer Tagung der Rheinisch-Westfälischen Kinderärzte-Vereinigung vor einem weitverbreiteten Schlafmittel zu tun, das im Zusammenhang mit der in letzter Zeit sich häufenden Zahl von Mißgeburten stehen könnte?

Bonn, den 1. Dezember 1961